

Stand: 06.06.2026 10:00:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10575

"Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen II: Verkauf von staatlichen Grundstücken an Kommunen erleichtern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10575 vom 16.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11506 des HA vom 11.05.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11697 vom 01.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Horst Arnold, Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Tsdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Klaus Adelt SPD**

**Kommunen stärken – bezahlbaren Wohnraum ermöglichen II:
Verkauf von staatlichen Grundstücken an Kommunen erleichtern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Richtlinien für den Verkehr mit staatseigenen Grundstücken (Grundstücksverkehrsrichtlinien) dahingehend zu ändern, dass ein freihändiger Verkauf staatlicher Grundstücke an Kommunen ermöglicht wird, wenn diese das zu veräußernde Grundstück für den sozialen Wohnungsbau nutzen oder diesen selbst umsetzen.

Begründung:

Artikel 106 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung besagt: „Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden“. Allerdings stoßen Kommunen und Landkreise derzeit häufig an rechtliche Grenzen, wenn sie wohnungspolitisch tätig werden wollen. Dies wiegt umso schwerer, da sich der Wohnungsmarkt in Bayern momentan ohnehin in einer angespannten Lage befindet: Die Mietpreise in den Ballungsgebieten und Boomregionen steigen, bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Die staatliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Freistaat Bayern kann hier nur begrenzt Abhilfe schaffen, solange Baugrundstücke allzu oft an den Höchstbietenden vergeben werden. Deshalb ist es dringend notwendig, Kommunen mehr Handhabemöglichkeiten zu geben – insbesondere was den sozialen Wohnungsbau betrifft.

Ein Ansatzpunkt zur Lösung dieses Problems liegt darin, den Verkauf von staatlichen Grundstücken an Gemeinden, die darauf sozialen Wohnungsbau betreiben möchten, zu erleichtern. Hierfür ist eine Änderung der Richtlinien für den Verkehr mit staatseigenen Grundstücken (Grundstücksverkehrsrichtlinien – GrVR) nötig. Konkret sind diese so zu ändern, dass Freihandverkäufe staatlicher Grundstücke an Kommunen ermöglicht werden, wenn diese das zu veräußernde Grundstück zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus nutzen bzw. diesen selbst umsetzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch,
Andreas Lotte u.a. SPD**
Drs. 17/10575

**Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen II:
Verkauf von staatlichen Grundstücken an Kommunen erleichtern!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Knoblauch**
Mitberichterstatter: **Georg Winter**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 13. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 11. Mai 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Horst Arnold, Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Klaus Adelt SPD**

Drs. 17/10575, 17/11506

**Kommunen stärken – bezahlbaren Wohnraum ermöglichen II:
Verkauf von staatlichen Grundstücken an Kommunen erleichtern!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)

Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen I:

Handlungsmöglichkeiten für Landkreise im sozialen Wohnungsbau schaffen!

(Drs. 17/10574)

und

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)

Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen II:

Verkauf von staatlichen Grundstücken an Kommunen erleichtern!

(Drs. 17/10575)

und

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)

Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III:

Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kommunaler

Wohnungsgesellschaften verbessern! (Drs. 17/10576)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass zu diesen Tagesordnungspunkten keine Aussprache stattfindet. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Vereinbart wurde außerdem, dass wir über die Voten in den jeweiligen Ausschüssen abstimmen lassen. Gibt es dazu Widerspruch? Nein. – Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion in die vorgenannten federführenden Ausschüsse einverstanden ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gegenstimmen? Keine. – Enthaltungen? – Auch keine. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge sind damit abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bayerisches Niveau beim Arbeitnehmerschutz in ganz Bayern sichern: Europäisches Patentamt in die Pflicht nehmen!", Drucksache 17/10518, bekannt. Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein 68. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung angekommen. Ich schließe die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend, in welcher Gaststätte auch immer Sie den verbringen möchten.

(Schluss: 21.26 Uhr)